



Staats- und
Universitätsbibliothek
Bremen

Staats- und Universitätsbibliothek Bremen

DFG Projekt Die Grenzboten

Die Grenzboten

Berlin u.a., 1841 - 1922

Aus dem Schuldbuche der Fortschrittspartei : Patriotisches und
Prophetisches. 2.

urn:nbn:de:gbv:46:1-908



Aus dem Schuldbuche der Fortschrittspartei.

Patriotisches und Prophetisches.

2.



Wir verfolgen den Gang der Konfliktsjahre weiter und stoßen dabei noch 1863 auf sehr anmutige Blüten fortschrittlicher Politik. Die schleswig-holsteinische Frage war wieder auf dem Tapet. Dänemark hatte nach dem Tode Friedrichs VII. Schleswig faktisch dem Königreiche einverleibt, Preußen in Gemeinschaft mit Oesterreich dagegen als gegen eine Verletzung des Londoner Protokolls protestirt, der Erbprinz von Augustenburg die Erbfolge in den beiden Elbherzogtümern in Anspruch genommen, die Mittelstaaten unterstützten ihn am Bunde, um einen neuen preußenfeindlichen Souverän in Deutschland zu schaffen, während die beiden deutschen Großmächte den König Christian so lange als im rechtmäßigen Besitze Schleswig-Holsteins betrachten wollten, als die Dänen das erwähnte Protokoll nicht definitiv als nicht bindend behandelten. Bismarck hatte im stillen schon damals die Gewinnung der Herzogtümer im Auge. Diesem bei ihm vermuteten Plane und der Basis des österreichisch-preußischen Vorgehens gegenüber, welches letztere völkerrechtlich allein korrekt war, stellten die Abgeordneten Stavenhagen und Virchow den Antrag, das Abgeordnetenhaus wolle erklären, „die Ehre und das Interesse Deutschlands verlange es, daß sämtliche deutschen Staaten den Erbprinzen von Schleswig-Holstein-Sonderburg-Augustenburg als Herzog von Schleswig-Holstein anerkennen und ihm in der Geltendmachung seiner Rechte wirksamen Beistand leisten.“ Vergebens wahrte Bismarck im Landtage seinen Standpunkt, bei dem der Erbprinz vorläufig nicht in Frage kam. Herr von Sybel war „so tief durchdrungen wie seine Kollegen, daß Preußen einen großen Krieg,

Grenzboten III. 1883.

15

der ihm vielleicht aus dieser Frage erwachsen könnte, nicht siegreich zu Ende führen würde ohne eine durchgehende Heilung seiner innern Zerwürfnisse.“ Dann fuhr er, legitimistisch und demokratisch zugleich fort: „Wer und was ist denn dieser Herzog von Augustenburg? Er ist der lebendige Ausdruck des Rechtes und der Zusammengehörigkeit der Herzogtümer. . . Er ist stark in seiner Ohnmacht, weil die Welt weiß, daß sein Volk ihn begehrt, daß sein Titel zwischen Elbe und Königsau einstimmig ausgerufen werden würde, sobald, sei es eine ständische Versammlung, sei es das allgemeine Stimmrecht, über ihn zu entscheiden hätte. . . So lange es so steht, wird er [schon wieder apodiktisch-prophetisch] unüberwindlich sein, so sicher die Freiheit eines einmütigen und entschlossenen Volkes unüberwindlich ist. . . Soviel ich weiß, rechnet das schleswig-holsteinische Volk zu seinen Rechten in erster Linie als das kostbarste seinen Anspruch auf die männliche Erbfolge in seinem Fürstentum. Es will nicht preussisch werden.“ Schließlich erklärte der Redner, er könne „gerade in dieser Sache von dem Glauben nicht lassen, daß die gegenwärtigen Verhältnisse nicht dauern können, daß der Staat Preußen nicht imstande ist, auf die Dauer eine solche Position zu behaupten und zwischen Elbe und Eider auf die Dauer den durch das ministerielle Programm angekündigten Selbstmord zu begehen.“

Hatte schon der Bonner Professor schweres Geschütz spielen lassen, so fuhr Birchow, der Berliner Professor, noch schwereres auf. „Die ganze europäische Lage würde, behauptete er mit der ihm eignen Unfehlbarkeit, sicherer sein, wenn die Regierung sich dem korrekten Verfahren angeschlossen hätte, welches von einer Reihe deutscher Mittel- und Kleinstaaten am deutschen Bunde eingeschlagen wurde. . . Nur zwei Mächte könnten möglicherweise Neigung haben, Einspruch zu thun, Osterreich und Rußland. Und weshalb, meine Herren? Zunächst deshalb, weil Rußland und Osterreich dadurch Preußen niederhalten, weil sie Preußen klein machen, weil sie unsre Machtstellung im Norden Europas untergraben würden. Der Herr Ministerpräsident steht allerdings seit alter Zeit in dem Rufe, daß er wenigstens das russische Bündnis immer verteidigt habe, und daß er gerade darin das Heil unsrer Zukunft sehe. . . Wenn er es so sehr im Interesse Preußens hält, die russische Succession in den Herzogtümern zu beschleunigen, den einzigen großen Hafen, den Deutschland im Norden hat, in russische Hände zu geben, mitten in unser Land hinein an einer Stelle, wo es am meisten verwundbar ist, einen solchen fremden Keil zu schieben, dann, meine Herren, werden wir allerdings auch jetzt nicht erwarten können, daß er eine andre Richtung der Politik einschlage. . . Die schleswig-holsteinische Bewegung, die durch Deutschland geht, ist nur ein Symptom des Bedürfnisses der Einigung, und dieses Bedürfnis verlangt vor allen Dingen, daß Deutschland seine Machtstellung nach außen hin zeige. Mögen nun die deutschen Fürsten die Prinzipien der Legitimität opfern aus Gründen der europäischen Zweckmäßigkeit, mögen sie deutsche Fürstengeschlechter in die Verbannung führen, weil es den Dänen

gefällt, mögen sie ein deutsches Land nach dem andern hingeben, weil sich die Fürsten gegenseitig verlassen, mögen sie gestatten, daß dieses kleine Dänemark eine unsrer schönsten Provinzen wegnimmt, meine Herren, die Rache des Volkes für diesen Verrat wird nicht fehlen. Solche Dinge verzeichnet die Weltgeschichte in ihren Blättern, die werden mit blutigen Buchstaben in die Herzen der Völker geschrieben, das werden sie niemals vergessen.“

Als der Krieg mit Dänemark im Januar 1864 am Ausbrechen war und Bismarck vom Abgeordnetenhause die Bewilligung einer Anleihe verlangte, wurde dieselbe abgelehnt. Der fortschrittliche Abgeordnete Afmann hielt dabei eine Rede voll geharnischten Ansinns. Es heißt da u. a. von der österreichisch-preussischen Aktion jenseits der Eider, sie solle „Schleswig gegen die deutschen Truppen und gegen die Ansprüche seines legitimen Herrschers schützen; es sollten die Herzogtümer sicher für Dänemark aufbewahrt werden.“ Weiterhin meinte Herr Afmann: „Für uns steht vorläufig fest, daß Herr von Bismarck dem deutsch-patriotischen Streben der Mittelstaaten entgegenarbeitet ... und unsre Ansicht von seiner Gesinnung sowohl wie von seiner Befähigung giebt uns keinen Anhalt, der weitem Entwicklung einer Aktion mit Zuversicht entgegenzusehen, die wir in ihren bisherigen Schritten als verderblich erkennen müssen. . . Stehen wir an der Schwelle von Ereignissen, die das Traurigste, die das Schmäglichste in sich schließen, was einem Staate, was einer Nation begegnen kann, soll durch die Bismarcksche Politik die deutsche Großmacht Preußen zum Feinde Deutschlands gemacht werden, soll die tapfere preussische Armee dazu verwendet werden, um gegen ihre deutschen Brüder [die sächsischen und hannoverschen Exekutionstruppen in Holstein] zu kämpfen, die deutsches Recht zu schützen ausgezogen sind ... soll ein deutscher Bruderkrieg entbrennen in einer Frage, über die ganz Deutschland einig ist, bloß weil Preußen das Schicksal hat, von Herrn von Bismarck regiert zu werden, dann, meine Herren, muß auch die letzte Rücksicht schwinden, die wir gegen dieses Ministerium etwa zu nehmen verpflichtet wären. Dann mag Deutschland [die Mittelstaaten natürlich] wissen, daß wir in dieser Frage zu ihm und nicht zu unserm Ministerium [unserm Könige] stehen. . . Wir wissen ja schon längst, daß dieses Ministerium mit jedem Schritte, gleichviel ob in der innern oder äußern Politik, ein Stück preussisches Land zertritt, wir wissen längst, daß Preußen in den Händen dieses Ministeriums entweder zur Ohnmacht oder zum Selbstmord verurteilt ist. Unsre Wahl kann bei dieser Überzeugung nicht zweifelhaft sein: wir ziehen die Ohnmacht dem Selbstmorde vor.“

Herr Virchow ließ bei dieser Gelegenheit das Licht seiner staatsmännischen Weisheit und seiner Vaterlandsliebe mit neuer Verdächtigung der Bismarckschen Politik als einer im russischen Interesse arbeitenden und mit dem folgenden schönen Gedanken leuchten: „Sie sprechen immer von der Großmacht Preußen. Ich bedauere, daß dieses Sprechen von der Großmacht allmählich eine Art

frankhaften Zustand angenommen hat. . . Was machen Sie denn mit dieser Großmachtsstellung? Sagt man Ihnen: Macht doch einmal große Politik, geht doch einmal energisch vor, dann antworten Sie: Ja, das könnte europäische Verwicklungen geben, da müssen wir zu Hause bleiben. Aber wenn die kleinen deutschen Staaten etwa auf dem deutschen Bundestage einen Beschluß fassen wollten, der im Sinne der Majorität der deutschen Nation wäre, dann sagt Preußen: Wir als Großmacht sind nicht in der Lage, uns diesem Beschlusse zu unterwerfen, wir werden uns nicht [von den Partikularisten, deren Absichten einmal den Demokraten in die Rechnung passen] majorisieren lassen, nicht von den Kleinen — aber von den Großen natürlich. Ich meine, Sie könnten uns mit der Großmachtsangelegenheit zu Hause bleiben.“

Bismarck machte nun große Politik, freilich nicht nach dem Rezept des Herrn Professors, er ging energisch vor, er ließ sich auch von den Großen nicht majorisieren. Preußen eroberte gemeinschaftlich mit Oesterreich die Herzogtümer, und Dänemark trat dieselben an die Sieger ab. Man hätte denken sollen, daß dies den Fortschrittlern recht gewesen wäre und ihnen den Mund geschlossen hätte. Aber weit gefehlt: obwohl sie immer die Nationalgesinnten spielten, waren sie doch weit mehr Demokraten, und so blieben sie bei ihrer Opposition, auch durfte der verhasste Junker Bismarck für Preußen nichts geleistet haben. Am 2. Juni 1865 hatte Virchow „aus dem Studium der Dokumente die Überzeugung gewonnen, daß selten in einer großen Krisis ein leitender Staatsmann solche Sprünge gemacht habe wie der Ministerpräsident, und daß, wenn es ihm gelungen sei, ein gewiß großes und anerkennenswertes Resultat zu erreichen, er, der Herr Professor, nicht instande sei, es als Verdienst desselben anzuerkennen, sondern es für einen Zufall halte. Diese Schwankungen und Wendungen erklären sich leicht,“ fuhr er fort. „So wie die äußern Verhältnisse etwas andre wurden, machte auch die Staatsregierung ihre neuen Schwankungen [ganz und gar selbstverständlich, also ein Lob, kein Vorwurf]. Das Staatsschiff ging nicht durch alle diese Wendungen geraden Weges hindurch, sondern wie der Wind verschieden blies, so ging auch das Schiff nach verschiedner Richtung.“

Sehr hübsch lautete die Antwort des Ministers auf diese Absurditäten. Er sagte: „Der Herr Vorredner hat uns vorgeworfen, wir hätten, je nachdem der Wind gewechselt hätte, auch das Steuerruder gedreht. Nun frage ich: Was soll man denn, wenn man zu Schiffe fährt, andres thun, als das Ruder nach dem Winde drehen, wenn man nicht selbst Wind machen will? Das überlassen wir andern.“

Am 13. Juni ließ der Abgeordnete Duncker, damals ein großes Licht der Fortschrittspartei, ein Geständnis vom Stapel, welches wieder mit einer Weisagung endigte. „Wir wollen, daß ohne uns keine Geschichte gemacht wird, das heißt, wir wollen, daß ohne die freie Zustimmung des Volkes die Geschicke des Vaterlandes nicht geleitet werden, und wenn uns [der Firma

Duncker u. Co.] jenes Vertrauen fehlt, so fehlt eben diesen Männern das Vertrauen des Volkes, es fehlt ihnen die Macht, in die Gemüther der Nation jene vorwärts treibenden Gedanken zu werfen, die diesen Staat zu dem gemacht haben, was er heute ist. . . Ich glaube nicht, daß die künftige Geschichte den heutigen Ministerpräsidenten unter die wahrhaften Gründer und Förderer des preussischen Staates in der fortschreitenden Entwicklung seiner wirklichen historischen Mission einzeichnen wird. Dazu gehen ihm jene Eigenschaften ab, welche ich mir vorhin zu schildern erlaubt habe."

Als im Mai 1865 das Militärgesetz wieder im Abgeordnetenhause beraten wurde, bemerkte der Abgeordnete Simson in Betreff des Gedankens einer Annexion der Herzogtümer an Preußen: „Das ist eine Politik, die ich aus der Tiefe meiner Seele verabscheue. Wer ohne oder wider den Willen der verfassungsmäßigen Vertreter des schleswig-holsteinischen Volkes es unter die preussische oder irgend eine andre Gewalt beugen will, der versündigt sich an dem Genius unsrer Nation. Es ist mir ganz gleich, ob dabei ein liberales oder ein reaktionäres Preußen durch seine jeweilige Regierung vertreten wird, ob die Trauben süß oder sauer sind, es sind nach meinen Gedanken überhaupt gar keine Trauben, es sind Giftbeeren, zu deren Verschluckung man uns dabei verführen möchte.“

Bei derselben Debatte ließ der Abgeordnete Gneist sich zu der Erklärung hinreißen: „Diese Reorganisation mit dem Ainszeichen des Eidbruchs an der Stirn, die reorganisirte Armee auf dem Boden des Verfassungsbruches wäre doch sicher eine Armee, die nun und nimmermehr eine dauernde Institution dieses Landes werden kann, solange eine göttliche Gerechtigkeit über diesem Lande waltet.“ Er mußte sich darauf vom Kriegsminister bemerken lassen, daß „seine Äußerung den Stempel der Überhebung und der Unverschämtheit an der Stirne trage.“

Als sich im Mai 1866 der Streit um Schleswig-Holstein zu einem Kampfe zwischen Preußen auf der einen und Oesterreich samt der Mehrzahl der deutschen Kleinstaaten auf der andern Seite zuzuspitzen begann, war der Landtag Preußens nicht versammelt, aber die Partei, die in ihm die Jahre daher das Wort geführt hatte, war bei der Hand, um vom Standpunkte der Demokratie mit möglichst lautem Getöse gegen einen etwaigen Krieg zu protestiren. In Berlin geschah dies von seiten der Urwählerversammlungen, die immer nach der Parole verfahren, welche ihnen aus dem Hauptquartier der Fortschrittler zukam. Versammlungen in allen vier Wahlbezirken sprachen sich in energischen Resolutionen gegen den Krieg sowie gegen die Einverleibung der Herzogtümer in Preußen aus. Am kräftigsten drückte sich dabei die im zweiten Wahlbezirke aus. Dieselbe belehrte Bismarck in folgenden Sätzen über das, was dormalen Rechtsens: „1. Jeder Krieg, der andres bezweckt als die Verteidigung des Vaterlandes, ist unberechtigt und unsittlich. 2. Preußen und Oesterreich haben durch die gemeinsam vollführte Befreiung Schleswig-

Holsteins weder ein Eigentumsrecht auf Schleswig-Holstein erworben [wirklich nicht? ach so, sie hatten das Land für den Augustenburger und seine damaligen Mürten, die Berliner Demokraten, erobert], noch das Recht, einseitig über die politische Zukunft des Landes zu entscheiden. [Das konnte einzig und allein der Volkswille und — der deutsche Bund!] Kein Zugeständnis Oesterreichs, sei es freiwillig gewährt oder durch Waffengewalt erzwungen, kann dem preussischen Staate ein solches Anrecht erteilen. 3. Ein Krieg Preußens unter den gegenwärtigen Verhältnissen wäre der Wohlfahrt Deutschlands ebenso sehr wie dem Rechte zuwider. 4. Die Einigung des deutschen Vaterlandes, welche zugleich die Lösung der schleswig-holsteinischen Frage in sich schließt, ist auf keinem andern Wege als dem der Freiheit zu erzielen. Bis die preussische Regierung ihren deutschen Reformplan vorgelegt und durch die That bewiesen hat, daß es ihr um Deutschlands Freiheit zu thun ist, hat die Volkspartei nach wie vor ihre ganze Thätigkeit dem innern Verfassungskampfe zuzuwenden.“

Von einem andern Standpunkte aus erklärte sich am 13. Mai eine Kölner Volksversammlung gegen die Entscheidung durch die Waffen. „Die auf dem Gürzenich versammelten Bürger aller Parteien Kölns [d. h. der liberalen und clerikalen Parteien] erklären: Angesichts der jammervollen Lage unsers Landes und Volkes, angesichts der durch den drohenden Bürgerkrieg bevorstehenden entsetzlichen Zukunft, angesichts der Möglichkeit, daß infolge eines solchen Krieges die deutschen Rheinlande gewaltsam vom deutschen Vaterlande losgerissen werden könnten, protestiren wir wiederholt gegen einen deutschen Bruderkrieg, der nach Lage der Verhältnisse nur durch einen schnellen und gründlichen Wechsel des Regierungssystems in Preußen vermieden werden kann. Möchte der Notschrei der jetzt schon unglücklichen Familien und der noch bedrohten Existenzen den Weg zum Ohre des Königs finden.“

Am 14. Mai ließ der Nationalverein seine Karthausen donnern. Sein Ausschuß in Berlin beschloß eine Ansprache an das deutsche Volk, die ganz gewaltigen Klang hatte. „Eine eigenmächtige Kabinettpolitik, so erfuhr man daraus, droht den unzweifelhaften Willen unsers Volkes zu überwältigen, das Wohl und Wehe Deutschlands den Wechselfällen eines Krieges preiszugeben, der nur durch die höchsten Interessen der Nation als äußerstes Mittel der Not gerechtfertigt werden könnte. Die Heere der beiden Großstaaten stehen in voller Rüstung einander gegenüber, und die nächste Stunde kann den Ausbruch eines Krieges bringen, dessen Beweggründe und Endziele in Dunkel gehüllt werden, und dessen Verlauf unsägliches Unheil mit sich bringen wird, ja sogar die Integrität Deutschlands gefährden kann. Das Wort und die Hand des deutschen Volkes [des Nationalvereins, der Berliner Fortschrittler und einiger hundert Zeitungsjuden] hat sich bis jetzt zu schwach erwiesen, den erhobenen Arm der Machthaber aufzuhalten; das Rechtsbewußtsein der Nation [immer wieder die ebengenannten Herrschaften mit ihrem Größenwahn] aber protestirt

bis zum letzten Augenblicke gegen die Willkür, welche mit dem Schicksale Deutschlands ein unverantwortliches Spiel treibt. Treu seinem patriotischen Berufe erhebt der Nationalverein seine Stimme gegen einen Bruch des deutschen Landfriedens, dessen Schuld wie ein Fluch auf das Haupt seiner Urheber zurückfallen wird. Noch ist indessen nicht jede Aussicht auf ein Einlenken der Kabinetropolitik in die Bahnen des nationalen Rechtes und der nationalen Interessen [die der Nationalverein selbstverständlich allein kannte und vertrat, wie ja schon sein Name klärllich bewies] abgeschnitten. Der erste in dieser Richtung zu machende Schritt ist die endliche Lösung der schleswig-holsteinischen Frage. Das wirksamste Mittel zum Zwecke wäre ohne Zweifel die unverweilte Einberufung des deutschen Parlaments als obersten Schiedsrichters der streitigen politischen und Rechtsansprüche. Der am 9. April bei dem Bundestage eingebrachte preußische Antrag jedoch [er ging in seinem zweiten Teile auf Berufung eines durch direkte Volkswahl nach allgemeinem Stimmrechte zu schaffenden Parlaments zur Mitwirkung bei der Umgestaltung der Verfassung des deutschen Bundes] ist bei der Unbestimmtheit seines Inhaltes und in Betracht des Systems der Regierung, von welcher er ausgeht, nicht geeignet, das Vertrauen des deutschen Volkes und die ganze warme Teilnahme desselben zu gewinnen, ohne welche die natürlichen Schwierigkeiten der Aufgabe und insbesondre der unausbleibliche Widerstand der mittelstaatlichen Kabinette nimmermehr überwunden werden können. Soll das deutsche Volk für Parlament und Bundesreform mit Ernst und Nachdruck eintreten, so müssen ihm dieselben in der bestimmten Gestalt geboten werden, welche ihnen die Geschichte der Jahre 1848 und 1849 [mit ihrem höchst kläglichen Ausgange] gegeben hat, so muß vor allen Dingen die Regierung, welche die Gesamtverfassung der Nation umgestalten will, ganz andre Beweise von konstitutioneller Gesinnung [scil. Unterwürfigkeit unter herrschsüchtige Demokraten] und Verfassungstreue gegeben haben, als es von seiten der preußischen Regierung bisher geschehen ist. So lange die preußische Verfassung ein toter Buchstabe ist, wird unsre Nation niemals an eine Verfassung glauben, welche ihr von Preußen in Aussicht gestellt wird, geschweige denn sich durch eine solche Aussicht in tiefgehende Bewegung setzen lassen. In Übereinstimmung mit sich selbst und seiner Vergangenheit hält der Nationalverein in der deutschen Verfassungssache fest an seinem Programm und an seinen Beschlüssen. Er verlangt nach wie vor die Berufung einer nach den Grundsätzen des Reichswahlgesetzes gewählten Nationalversammlung, in welcher allein Deutschland [nach Analogie der Jahre 1848 und 1849?] die sichere Gewähr finden wird gegen Bürgerkrieg und Landesverrat, die feste Bürgschaft für die nationale Freiheit, Einheit und Macht." Und so weiter. Wir verschonen die Leser mit der Fortsetzung dieses Bombardements, dessen Geschütze nur mit Selbstüberhebung und leeren Phrasen geladen waren und so nur nutzlosen Spektakel leisteten.

Ebenso wenig wirkliche Bedeutung hatte trotz seiner wichtigen Miene der Antrag des Ausschusses des Abgeordnetentages, der am 20. Mai 1866 in Frankfurt die vielen Thorheiten, welche die „Volkspolitik“ dort schon begangen hatte, um eine neue und recht ansehnliche vermehrte. Die Herren ließen folgendes Manifest in die Welt gehen: „Der Sieg der Waffen hat uns unsre Nordmarken zurückgegeben. Ein solcher Sieg würde in jedem wohlgeordneten Reiche zur Erhöhung des Nationalgefühls gebietet haben. In Deutschland führte er durch die Mißachtung des Rechtes der wiedergewonnenen Länder, durch das Streben der preußischen Regierung nach gewaltfamer Annexion und infolge der unheilvollen Eifersucht der beiden Großmächte zu einem Zwiespalte, dessen Dimensionen weit über den ursprünglichen Gegenstand des Streites hinausreichen. Wir verdammen den drohenden Krieg als einen nur dynastischen Zwecken dienenden Kabinettskrieg. Er ist einer zivilisirten Nation unwürdig, gefährdet alle Güter, welche wir in fünfzig Jahren des Friedens errungen haben, und nährt die Gelüste des Auslandes. Fürsten und Minister, welche diesen unnatürlichen Krieg verschulden oder aus Sonderinteressen die Gefahren desselben erweitern, machen sich eines schweren Verbrechens an der Nation schuldig. Mit ihrem Fluche und der Strafe des Landesverrates wird die Nation diejenigen treffen, welche in Verhandlungen mit auswärtigen Mächten deutsches Gebiet preisgeben. [Verdächtigung Bismarcks, als habe er mit Napoleon ein Tauschgeschäft verabredet, wobei gegen Unterstützung oder Nichteinmischung die Abtretung von Stücken des Rheinlandes an Frankreich zugesagt worden sein sollte.] Sollte es nicht gelingen, den Krieg selbst durch den einmütig ausgesprochenen Willen des Volkes noch in der letzten Stunde zu verhindern, so ist wenigstens dahin zu trachten, daß er nicht ganz Deutschland in zwei große Lager theile, sondern auf den engsten Raum beschränkt werde. Wir erblicken hierin das wirksamste Mittel, um die Wiederherstellung des Friedens zu beschleunigen, die Einmischung des Auslandes abzuhalten, durch die Heeresmacht der nicht beteiligten Staaten die Grenzen zu decken und, im Falle der Krieg einen europäischen Charakter annehmen sollte, mit noch frischen Kräften dem äußern Feinde entgegenzutreten. Wie ein deutsches Parlament allein die Behörde ist, welche über die deutschen Interessen in Holstein zu entscheiden vermag, so ist auch die Erledigung der deutschen Verfassungsfrage durch eine freigewählte Volksvertretung allein imstande, der Wiederkehr solcher unheilvollen Zustände wirksam zu begegnen. Die schleunige Einberufung eines nach dem Reichswahlgesetze vom 12. April 1849 gewählten Parlaments muß daher von allen Landesvertretungen und von der ganzen Nation gefordert werden.“

Neben diesen Manifesten wimmelte es von Friedensadressen der Magistrate und Stadtverordneten, der Handelskammern und ähnlicher Körperschaften, desgleichen von Resolutionen, welche von Volksversammlungen gefaßt wurden, die alle Echo's der obigen Kundgebungen waren. Nur eine Ausnahme von der

Regel war zu verzeichnen, und es gereicht uns zur Genugthuung, an sie zu erinnern. Inmitten aller jener heillofen Verblendung, jenes betrübenden Zurücktretens des Patriotismus vor demokratischen Velleitäten hatten die städtischen Behörden Breslaus den Verstand, das richtige Gefühl und den Mut, an den König eine Adresse zu richten, die vom 15. Mai datirt war, und in der es u. a. hieß: „Ew. Majestät haben die Mobilmachung der gesamten Armee befohlen. Wir wissen, daß Ew. Majestät sich mit schwerem Herzen dazu entschlossen haben. Ew. Majestät kennen die Leiden, welche die in langen Friedensjahren so reich entwickelte Erwerbsthätigkeit des preußischen Volkes bereits getroffen haben und im Falle des Ausbruchs des Krieges in noch weit höherm Grade treffen werden. Es müssen also schwerwiegende Gründe sein, die Ew. Majestät zu dem ernstestn Entschlusse bestimmt haben. Wir glauben an allerhöchster Stelle die Versicherung abgeben zu dürfen, daß Breslau an Opferwilligkeit wie im Jahre 1813 so auch jetzt keiner andern Stadt Preußens nachstehen wird. Wir fühlen gemeinsam mit Ew. Majestät die Drangsale des Krieges; wir unterschätzen nicht die Lasten, welche das preußische Volk zu tragen haben wird; wir kennen die Opfer, welche der Krieg fordert. Demungeachtet sprechen wir es aus und glauben hierin der Zustimmung unsrer Mitbrüder sicher zu sein, daß wir, wenn es die Macht und Ehre Preußens, seine Rettung in Deutschland und die mit dieser Stellung in notwendigem Zusammenhange stehende Einheit unsers gemeinsamen Vaterlandes gilt, den Gefahren und Nöthen des Krieges mit derselben Opferwilligkeit und Hingebung entgegengehen, wie die schlesischen Männer es unter der Führung von Ew. Majestät hochseligem Vater gethan. Können jene höchsten Güter Preußens und Deutschlands erhalten werden im Frieden, so begrüßen wir dieselben freudigen Herzens; sollten aber die Gegner Preußens und Deutschlands, wie es im Jahre 1850 geschehen, wieder eine Minderung der Machtstellung Preußens, wieder eine Demütigung Preußens erstreben, so wird Schlesien lieber alle Lasten und Leiden des Krieges auf sich nehmen, als die Lösung der historischen Aufgabe Preußens, die Einigung Deutschlands, wieder auf Jahrzehnte hinausrücken lassen. Aber wir können Ew. Majestät in dem Gefühle, daß es in der für das ganze Vaterland so schweren Zeit unsre erste Pflicht ist, unsrer aufrichtigen und innersten Überzeugung offenen Ausdruck zu geben, nicht verhehlen, wie in diesem Augenblicke die Grundlage einer allgemeinen Begeisterung noch fehlt. Der Einklang zwischen Regierung und Volk, der in jener für Preußen und Deutschland so ruhmreichen Zeit den unvergessenen Thaten Sieg verlieh, ist nicht vorhanden; der Verfassungskampf ist nicht beendet. Die Weisheit Ew. Majestät wird die Mittel und Wege finden, den innern Konflikt, der so schwer auf dem Lande lastet, zu beseitigen und das Vertrauen zwischen der Staatsregierung und dem Volke herzustellen, welches erforderlich ist, um die für einen solchen Kampf notwendige nationale Begeisterung wachzurufen.“

Auf diese Kundgebung ließ sich antworten. In der Erwiederung des Königs, die am 19. Mai erging, hieß es, er habe die Worte der Vorstellung vom 15. gern vernommen. „Ich erkenne in ihnen den Ausfluß desselben Geistes, welcher im Jahre 1813 die Väter der heutigen Bewohner Breslaus besetzte; es hat mir wohlgethan, daß die Vertreter der Stadt diesem Geiste mit Ernst und Wärme Ausdruck gegeben haben. Niemand kann die Schwere der Opfer, welche der Krieg dem Vaterlande auferlegen würde, schmerzlicher empfinden als ich, niemand das Bedürfnis lebhafter fühlen, daß dieselben von Herrscher und Volk in ungetrübter Eintracht getragen werden. Möge mein Wort der Stadt Breslau als Bürgschaft dienen, daß kein ehrgeiziges Streben, selbst nicht dasjenige, welches im Interesse des großen gemeinsamen Vaterlandes berechtigt genannt werden könnte, sondern nur die Pflicht, Preußen und seine heiligsten Güter zu verteidigen, mich mein Volk hat zu den Waffen rufen lassen. Mögen die Einwohner der Stadt überzeugt sein, daß die Verständigung über die zwischen meiner Regierung und dem Landtage streitigen Fragen das Ziel meiner Wünsche und meines eifrigen Strebens sind. In der Hoffnung, diesem Ziele näher zu treten, in der Hoffnung, daß angesichts der Gefahren, welche Preußen bedrohen, die einander widerstreitenden Rechtsansichten und Stimmungen ihre Vermittlung in der gemeinsamen Hingebung für das Vaterland finden werden, werde ich den Landtag der Monarchie einberufen. Durch Anordnung von Neuwahlen ist dem Wähler und den Gewählten die Möglichkeit gewährt, frei von den Beziehungen, welche in der Vergangenheit wurzeln, die Gesinnung zum Ausdruck zu bringen, welche mein Volk in der gegenwärtigen bedrohten Lage des Landes erfüllt.“

Und so geschah es, so erfüllte es sich. Der Krieg begann, und der Sieg wurde erfochten gegen den Wunsch und die Bestrebungen der Fortschrittspartei. Großmütig und staatsklug zugleich bot die Regierung auf der Höhe ihres Triumphes über ihre äußern Feinde und ihre innern Gegner, die bornirte und blinde demokratische Opposition, einem auf Grund verständigerer Wahlen zusammengesetzten Abgeordnetenhaufe die Hand zur Versöhnung, indem sie dasselbe um Indemnität wegen der nunmehr erklärten und gerechtfertigten budgetlosen Regierung ersuchte, und diese Hand wurde von der Mehrheit angenommen. Wenige Monate darauf hatte Norddeutschland eine Verfassung, die es auf billigen Grundlagen einte und reichlich Freiheit gewährte, und zugleich war für einen baldigen Hinzutritt der südlichen Staaten mit Ausschluß Oesterreichs Sorge getragen. Vier Jahre später endlich entstand das neue deutsche Reich. Die Fortschrittspartei hatte zu diesem Fortschritte nichts beigetragen, sie hatte dagegen nur gewählt, gepredigt und geschimpft und hatte abgeschmackte Prophezeiungen in die Welt hineingerufen. Sie war gerichtet wie selten eine Partei vor ihr, sie war dem Fluche der Lächerlichkeit verfallen, der ihr in der Geschichte für immer anhaften wird.